



# Suchtpolitik Winterthur 2007–2011



# Inhaltsverzeichnis

3

seite 4 ... **Vorwort**

seite 5 ... **Grundsätze der Suchtpolitik Winterthur**

seite 8 ... **Die Winterthurer Drogen- und Suchtpolitik  
– ein Blick zurück**

seite 14 ... **Lagebeurteilung und Ziele**

- Steuerung, Vernetzung, Kommunikation und Finanzierung
- Prävention
- Therapie und Behandlung
- Schadensminderung
- Repression

seite 24 ... **Massnahmen**

seite 27 ... **Anhang**

- Angebote in der Stadt Winterthur 2006 gegliedert nach den vier Säulen der Schweizerischen Drogenpolitik
- Umsetzungsplanung Massnahmen
- Mitglieder der Steuer- und Projektgruppe

# Vorwort



4

Sucht – ein Stein, der ins Wasser fällt und Kreise zieht. Suchtpolitik – eine Orientierung in den Wirbeln und Wellen, welche Sucht auslösen.

Die vorliegende Broschüre will für die Stadt Winterthur und die Gemeinden im Bezirk Winterthur Wegleitung in ihrer Suchtpolitik sein. Seit dem vor 15 Jahren beschlossenen «Massnahmenpaket Drogen» hat sich vieles verändert. Es ist an der Zeit, auf das Erreichte zurückzuschauen, die Lage frisch zu beurteilen und zu entscheiden, wo neue Akzente zu setzen sind und Bewährtes weitergeführt werden soll.

Im Kanton Zürich bilden Städte und Gemeinden im Rahmen der Dezentralen Drogenhilfe eine Partnerschaft. Gesamtschweizerisch hat man sich auf das Vier-Säulen-Prinzip geeinigt. Wie die Drogenpolitik des Bundes beschränken wir uns in unserem Strategiepapier auf Substanz bezogenes Suchtverhalten, schliessen aber legale Substanzen auch mit ein.

Gerade letzteres zeigt, dass wir in Winterthur Wert auf eine möglichst ganzheitliche Sichtweise auf das Thema Sucht legen. Dabei setzen wir Schwerpunkte, die für die Entwicklung der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind: Prävention hat für uns eine hohe Priorität sowie Kinder und Jugendliche, die wir in ihrer Entwicklung zu eigenständigen, gesunden Erwachsenen unterstützen wollen.

Mit der Suchtpolitik Winterthur ist eine Grundlage geschaffen, mit der die Stadt als Zentrum zusammen mit den Bezirksgemeinden in den nächsten vier Jahren und darüber hinaus die aktuellen und kommenden Herausforderungen meistern kann. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass auch die «Suchtpolitik Winterthur 2007 – 2011»\* weite Kreise ziehen wird.

Maja Ingold, Stadträtin

\* Am 16. Mai 2007 vom Stadtrat verabschiedet.



# Grundsätze der Suchtpolitik

5

Der Konsum psychoaktiver Substanzen (Alkohol, Tabak, Medikamente, Partydrogen, Cannabis, Kokain, Heroin) bildet eine Konstante aller menschlichen Kulturen. Winterthur anerkennt, dass es keine suchtfreie Gesellschaft gibt. Deshalb gestaltet Winterthur ihre Suchtpolitik im Rahmen der gesetzlichen Massnahmen pragmatisch, lösungsorientiert und vernetzt. Sie stützt sich bei der Strategie und Umsetzung ihrer Suchtpolitik auf das Vier-Säulen-Prinzip ab (Prävention, Therapie, Schadensminde- rung, Repression). Zusätzlich wird dabei neu nach Substanzen und nach Konsummustern (risikoarmer, problematischer Konsum, Abhängigkeit) unterschieden.

## **Jugend im Zentrum der Winterthurer Suchtpolitik**

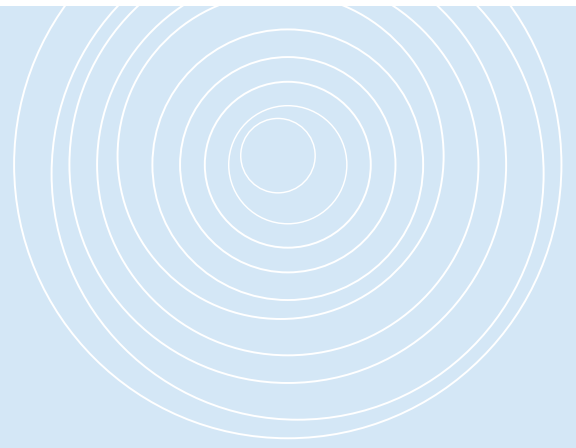
Ein besonderes Augenmerk richtet Winterthur auf den Schutz der Kinder und Jugendlichen. Winterthur betreibt einen aktiven Ju- gendschutz und berücksichtigt stets und in erster Priorität den Schutz der Kinder und Jugendlichen bei der Festlegung von Stra- tegien und der Umsetzung von Massnahmen ihrer Suchtpolitik. Das Anliegen, junge Menschen zu schützen, wird in allen vier Säulen verfolgt.

## **6 Pragmatische Suchtpolitik im Spannungsfeld divergierender Ansprüche und Bedürfnisse**

Die Winterthurer Suchtpolitik achtet die individuelle Freiheit und wahrt die Interessen der Gesellschaft. Suchtpolitik trägt sowohl dem Grundsatz der Eigenverantwortung als auch dem Grundsatz der Verantwortung der Gesellschaft Rechnung. Dies bedeutet:

- Winterthur schützt seine Bevölkerung, insbesondere Kinder und Jugendliche, vor dem Einstieg in den Suchtmittelkonsum.
- Winterthur unterstützt Menschen mit Suchtproblemen in ihrem Bemühen, gesund zu werden und aus der Sucht auszusteigen.
- Winterthur schützt seine Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen von Beschaffung, Konsum und Handel psychoaktiver Substanzen.
- Winterthur ergreift Massnahmen, um den Konsum und Handel mit illegalen psychoaktiven Substanzen zu verhindern beziehungsweise denjenigen mit legalen zu regulieren.
- Winterthur lässt Menschen mit Suchtproblemen eine ihnen angemessene Unterstützung zukommen. Die Betroffenen sollen so weit wie möglich in die Gesellschaft integriert werden.
- Winterthur bestärkt Menschen mit Suchtproblemen schadensmindernd und risikoarm zu konsumieren, um deren Gesundheit zu erhalten und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die divergierenden Ansprüche und Bedürfnisse geht Winterthur pragmatisch und sachbezogen an. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse werden berücksichtigt. Winterthur setzt die vorhandenen Mittel zweckmässig und wirksam ein. Die verschiedenen Einrichtungen sind effizient organisiert.



## **7 Koordinierte Zusammenarbeit und faire Finanzierung**

Winterthur erkennt in der Suchtpolitik eine komplexe Querschnittsaufgabe, die einer koordinierten und vernetzten Zusammenarbeit zwischen den politischen Gremien, den städtischen und kantonalen sowie den diversen privaten Organisationen bedarf. Winterthur pflegt die interdisziplinäre Zusammenarbeit auf allen politischen und fachlichen Ebenen. Massnahmen und Tätigkeiten im Rahmen der vier Säulen sind gut koordiniert und aufeinander abgestimmt.

In Winterthur bilden Information und Kommunikation sowohl im Arbeitsalltag der Fachleute als auch auf der politischen Ebene einen wichtigen Bestandteil einer wirkungsvollen Suchtpolitik.

Wirkungsvolle suchtpolitische Massnahmen lassen sich nicht auf das Gebiet der Stadt Winterthur beschränken. Im Rahmen ihrer Zentrumsfunktion stellt die Stadt Winterthur ihre sowie die im Auftrag des Kantons betriebenen Einrichtungen und Dienstleistungen der Bevölkerung der Stadt und des Bezirks Winterthur zur Verfügung. Ziel ist es, auf der Basis partnerschaftlicher Zusammenarbeit die Lasten angemessen zwischen Stadt, Gemeinden und Kanton zu verteilen.

# Die Winterthurer Drogen- und Suchtgeschichte – ein Blick zurück

8

In den 1970er Jahren beginnt man sich in der Schweiz mit dem Phänomen des Konsums von Heroin zu beschäftigen. In Winterthur begründen das Kantonsspital Winterthur und das Departement Soziales mit der Schaffung der Beratungsstelle für Jugend- und Drogenproblemen ihre langjährige Zusammenarbeit. 1974 konstituiert sich der Verein für Therapeutische Wohngemeinschaften für Drogengefährdete und Personen, die eine Therapie hinter sich haben. Die Versorgung von Menschen mit Alkoholproblemen kann mit der Foreklinik, dem Beratungsdienst für Suchtprobleme der Hilfsgesellschaft und dem Wohnheim der Heilsarmee auf eine Tradition zurückblicken, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt hat.

Im Verlaufe der 1980er Jahre gewinnt das Drogenproblem im öffentlichen Bewusstsein zunehmend an Bedeutung. Ende der 1980er Jahre nimmt die Zahl der Drogenabhängigen stark zu, in verschiedenen Schweizer Städten entstehen offene Drogenszenen. Die Verelendung ist für alle sichtbar geworden.

Die Winterthurer Drogenabhängigen halten sich vorwiegend in der Stadt Zürich auf. Gleichwohl setzt man sich auch in Winterthur verstärkt mit dem Drogenproblem auseinander. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme AGJP beginnt, den Austausch zwischen Fachleuten und den Winterthurer Politikerinnen und Politikern zu organisieren. Verschiedene Angebote entstehen: 1989 wird die erste Notschlafstelle an der St. Gallerstrasse eröffnet, im Winter 1989/1990 startet die Gassenküche ihren Betrieb.



Mit den offenen Drogenszenen und der Verelendung geht die Ausbreitung von AIDS einher. Ende 1989 genehmigt der Winterthurer Stadtrat das Konzept für eine AIDS-Informations-, Schulungs- und Beratungsstelle und erklärt sich bereit, den zu gründenden Trägerverein finanziell zu unterstützen. 1991 nimmt die AIDS-Informationsstelle Winterthur ihre Arbeit auf.

Mit der sich Ende der 1980er Jahre zuspitzenden Situation in der Stadt Zürich geraten immer mehr auch die umliegenden Gemeinden und Kantone, aus denen die Drogensüchtigen kommen, ins Blickfeld. Massnahmen zur Entlastung der Stadt Zürich sind gefordert. Mit dem «Konzept der Dezentralen Drogenhilfe» erklären sich die Zürcher Gemeinden bereit, eigene Strukturen aufzubauen und so die Stadt Zürich zu entlasten. Mitte 1992 beschliesst der Regierungsrat, dass sich der Kanton mit 30% an den Kosten der Dezentralen Drogenhilfe beteiligt.

Im Zusammenhang mit dem Konzept der Dezentralen Drogenhilfe beauftragt der Winterthurer Stadtrat eine Arbeitsgruppe, in Koordination mit den Bezirksgemeinden ein Drogenkonzept zu erarbeiten. Im Mai 1992 stimmt das Winterthurer Stimmvolk mit 63,6% dem «Massnahmenpaket Drogen» zu. Damit bekennt sich Winterthur zum damals aus den drei Säulen bestehenden Prinzip «Prävention», «Therapie/Überlebenshilfe» und «Repression». Für letztere stehen im Massnahmenpaket allerdings keine konkreten Massnahmen zur Debatte.

Im Bereich der Prävention kommt es im Dezember 1992 zur Gründung der Suchtpräventionsstelle, an deren Finanzierung sich die Bezirksgemeinden und der Kanton beteiligen.

## Die Winterthurer Drogen- und Suchtgeschichte – ein Blick zurück

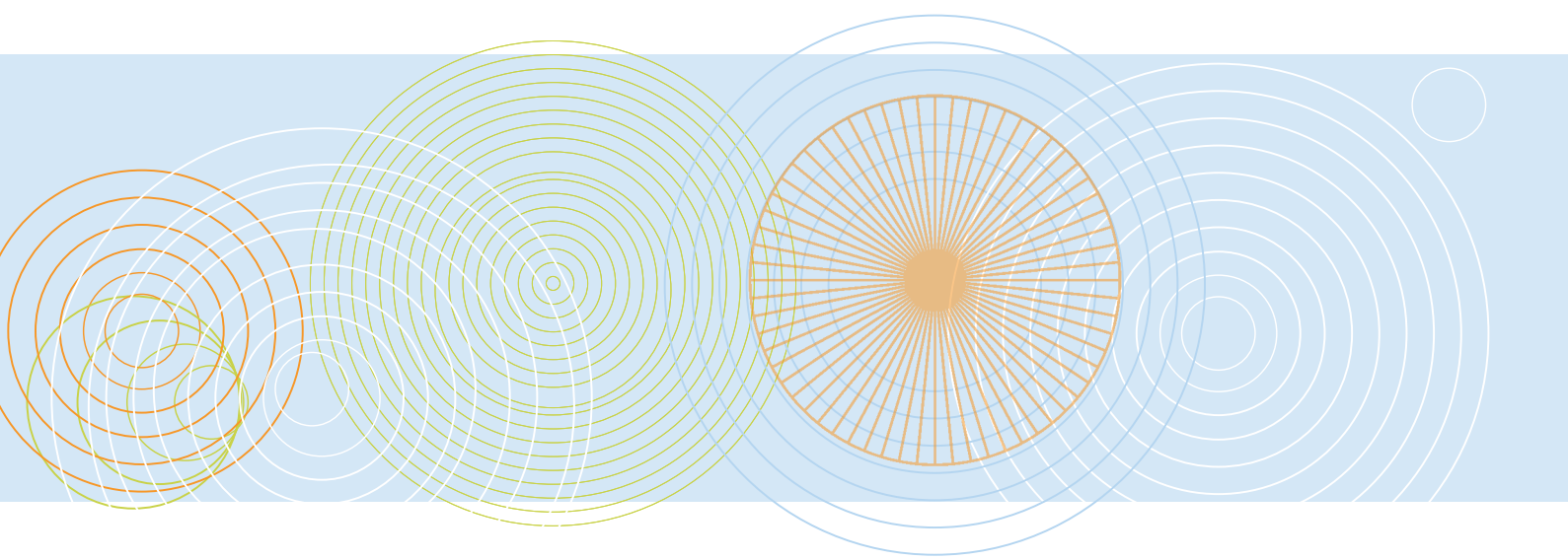
10

Bei der Säule «Therapie/Überlebenshilfe» stehen in Winterthur die Themen Betreuung, Wohnen und Arbeit im Mittelpunkt. Im Februar 1993 startet das «Begleitete Wohnen», im Dezember wird die Notschlafstelle an der Meisenstrasse eröffnet. Hier übernimmt die Stadt den Betrieb. Im Bereich Arbeit überträgt der Grosse Gemeinderat dem 1991 gegründeten Verein Läbesruum die Aufgabe, niederschwellige Arbeitsmöglichkeiten für Drogenabhängige zu schaffen.

Explizit verzichtet die Stadt Winterthur darauf, einen Fixerraum – als eine Form der Überlebenshilfe – einzurichten. Stattdessen eröffnet sie im November 1992 die Drogenanlaufstelle. Ihre Funktion kommt insbesondere nach der Schliessung des Lettens im Februar 1995 zur Geltung, als im Tag durchschnittlich über hundert Personen die Drogenanlaufstelle besuchen. In der Folge verschlechtert sich die Situation rund um den Hauptbahnhof deutlich. Deshalb verfügt die Stadt Winterthur ab Dezember 1997 eine Zulassungsbeschränkung für die Drogenanlaufstelle: Drogenabhängige aus den Kantonen Thurgau und St. Gallen werden rückgeführt.

Seit 1995 beteiligt sich die Stadt Winterthur an den Heroinabgaberversuchen des Bundes. Die Teilnahme ist umstritten. Doch in der Abstimmung vom Juni 1995 befürwortet das Winterthurer Stimmvolk den zweijährigen Versuch mit 51%, im Dezember 1996 bestätigt es seinen Entscheid und stimmt der Versuchsverlängerung mit 59% zu. Im Juni 1999 wird dieses Behandlungsangebot unter dem Namen «Ikarus» definitiv eingeführt.

Seine offene und pragmatische Haltung bekräftigt das Winterthurer Stimmvolk bei den eidgenössischen Abstimmungen. Sowohl die Initiative «Jugend ohne Drogen» im September 1997 (Abstinenz als Hauptziel) als auch die Initiative «DroLeg» im November 1998 (Liberalisierung der Drogenpolitik) lehnt es deutlich ab.



Nach einer turbulenten Aufbauphase ist ab Mitte der 1990er Jahre eine Konsolidierung sowohl der Zusammenarbeit als auch der Angebote zu beobachten.

Ende 1994 konstituiert sich der städtische Drogenausschuss, in dem Fachleute, die Vorsteher und Vorsteherinnen der Departemente Soziales, Sicherheit und Umwelt sowie Schule und Sport, Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und die Bezirksgemeinden vertreten sind. Damit wird der Grundstein für die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Säulen gelegt.

Die Stadt übernimmt den von der Hülfs-gesellschaft gegründete Beratungsdienst für Suchtprobleme und baut ihn zur Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme um. Die Angebote der Überlebenshilfe (Wohnen, Drogenanlaufstelle) sowie die Präventions- und Behandlungsangebote (Suchtpräventionsstelle, Ikarus, Beratungsstelle für Jugend- und Drogenprobleme, Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme) werden je in einer Abteilung des Sozialamts zusammengefasst.

Ende der 1990er Jahre wird immer deutlicher, dass der Drogenkonsum nicht selten mit psychischen Problemen verbunden ist. Diese Erkenntnis findet ihren Niederschlag etwa darin, dass sich der Verein für Therapeutische Wohngemeinschaften und der Verein für Sozialpsychiatrie Region Winterthur VESO zusammenschliessen oder die Integrierte Psychiatrie Winterthur ipw 2001 im Rahmen der Umsetzung des Psychiatriekonzepts vom Kantonsspital die Trägerschaft der Beratungsstelle für Jugend- und Drogenprobleme übernimmt.

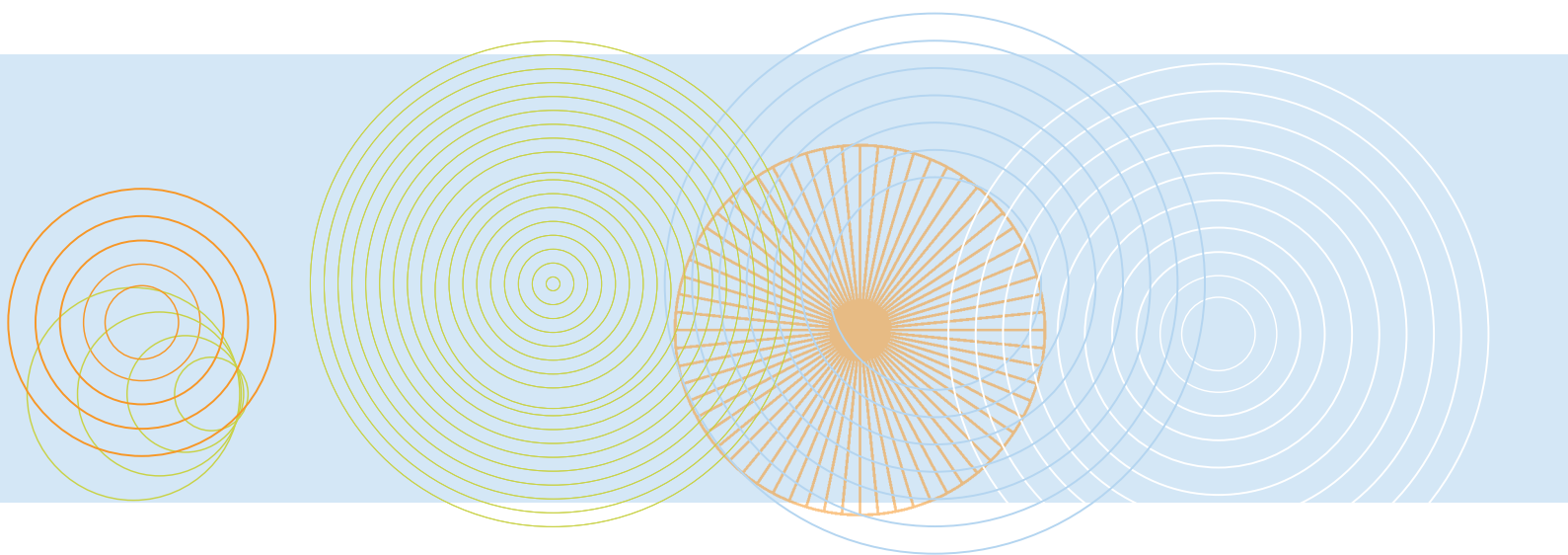
## Die Winterthurer Drogen- und Suchtgeschichte – ein Blick zurück

12

Die abnehmende Zahl der Herointoten macht den Blick frei für den missbräuchlichen Konsum anderer Substanzen. Ende der 1990er Jahre kommen Ecstasy oder Partydrogen in Mode. Doch auch Kokain, Tabak, Cannabis und Alkohol beunruhigen die Öffentlichkeit. Immer mehr werden diese Substanzen kombiniert konsumiert. Winterthur hält seit 2005 mit der Einführung von Spezialsprechstunden für Cannabis, Kokain und Partydrogen erste Behandlungslösungen bereit.

Konsumieren Jugendliche die oben genannten Substanzen, werden die Diskussionen sehr heftig. Forderungen nach einem wirksamen Jugendschutz werden laut, die Bedeutung von Prävention steigt. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, dass Prävention auch heisst, frühzeitig einzugreifen und gezielt (junge) Menschen mit einem problematischen Konsum anzusprechen. Mit der definitiven Einführung der geschlechterspezifischen Jugendprogramme jump Ende 2003 und jumpina Mitte 2004 sowie dem Auf- und Ausbau des Jugenddienstes der Stadtpolizei setzt die Stadt Winterthur neue Akzente bei der Prävention.

Die mit dem Heroinkonsum verbundene Verelendung verschwindet Ende der 1990er Jahre aus dem öffentlichen Blickfeld und das Interesse an der Drogenproblematik nimmt allmählich ab. Noch hält vor allem die Situation beim 1990 erbauten Musikpavillon das öffentliche Bewusstsein für die negativen Folgen des Drogenkonsums aufrecht. In enger Zusammenarbeit verhindern die Stadtpolizei gemeinsam mit der Kantonspolizei und dem Departement Soziales, dass in der Stadt eine offene Drogenszene entsteht.



Arbeitslosigkeit und die wachsende (Kinder-)Armut bestimmen nun die Sozialpolitik. Dies hat auch Folgen für Organisationen, welche Drogenabhängigen Tagesstrukturen anbieten. Sie kommen unter Druck, ihr Angebot vermehrt auf Menschen auszurichten, welche aufgrund von Arbeitslosigkeit an den Rand der Gesellschaft geraten sind. Die Gassenküche übergibt 2001 ihren Betrieb der Caritas Zürich. Das Winterthurer Sozialamt kommt mit dem Verein Läbesruum überein, mehr Sozialhilfe Beziehende zu berücksichtigen. Die städtische Notschlafstelle schliesst 2004 wegen Unterbelegung.

Der Kanton reduziert seinen Anteil an der Finanzierung im Rahmen der Dezentralen Drogenhilfe um die Hälfte. Einzelne Bezirksgemeinden hinterfragen zudem den Nutzen einiger Einrichtungen für sie.

Der Blick zurück zeigt: Drogen- und Suchtpolitik sind ein Dauerthema, welches mal mehr, mal weniger im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht. Winterthur hat die sich um 1990 stellenden Probleme zusammen mit den Bezirksgemeinden, dem Kanton und privaten Organisationen angepackt. Die Zusammenarbeit über die vier Säulen hinweg und über die Stadt hinaus sowie die Einführung angepasster Suchtbehandlungen haben massgeblich dazu beigetragen, die mit dem Heroin verbundenen Problemstellungen erfolgreich zu bewältigen. Die Geschichte geht aber weiter. Bereits hat sich Winterthur aufgemacht, seine Strukturen den sich wandelnden Verhältnissen im Drogen- und Suchtbereich anzupassen.

# Lagebeurteilung und Ziele

## 14 Steuerung, Vernetzung, Kommunikation und Finanzierung

### Lagebeurteilung

Suchtpolitik ist eine Aufgabe, die Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Bildungswesen, Jugendhilfe, Polizei und Justiz betrifft. Das Vier-Säulen-Modell der Schweizerischen Drogenpolitik bietet den politisch Verantwortlichen eine zweckmässige Basis, um Strategien zu definieren und darauf aufbauend Interventionen und Massnahmen zu entwickeln und zu koordinieren. In Winterthur hat sich diese Politik für die Lösung der mit dem Heroinkonsum verbundenen Verelendung und Beschaffungskriminalität in den 1990er Jahren bewährt. Es ist angezeigt, diese positiven Erfahrungen für Strategien zur Problembewältigung zu nutzen, die bei anderen Suchtmitteln und neuen problematischen Entwicklungen auftreten.

In der Praxis zeigt sich, dass es immer wieder schwierig ist, der Öffentlichkeit die Hintergründe und Zusammenhänge in der Winterthurer Drogen- und Suchtpolitik zu erklären.

Die Steuerung der Angebote durch die Verantwortlichen in Winterthur ist dort möglich, wo die Stadt die betriebliche Führungsverantwortung innehat, oder wo sie Organisationen subventioniert beziehungsweise in vertraglicher Übereinkunft die Zusammenarbeit geregelt ist.

Winterthur kennt unterschiedliche, kostendeckende Formen der Finanzierung für ihre Angebote: individuumsbezogene (Subjektfinanzierung), produktbezogene (Objektfinanzierung) und Defizitgarantien.

Suchtprobleme zeigen sich meistens gemeindeübergreifend. Im Rahmen der Dezentralen Drogenhilfe haben sich die Stadt Winterthur und die Gemeinden des Bezirks Winterthur auf einen Finanzierungsmodus für Angebote und Dienstleistungen geeinigt, welche die Stadt Winterthur auch für die Bezirksgemeinden erbringt. Angesichts neuer Entwicklungen und der sich verändernden Problemlagen erweist sich der bisherige Finanzierungsmodus als zu starr.



## 15 Zielsetzungen

- *Die Winterthurer Suchtpolitik entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Sie orientiert sich an der nationalen Suchtpolitik, an wissenschaftlichen Erkenntnissen und am Bedarf der Betroffenen. Auf dieser Basis legt Winterthur ihre Strategie zur Suchtpolitik fest und überprüft sie periodisch.*
- *Information und Kommunikation werden aktiv und systematisch als Instrumente eingesetzt, um die Ziele der Suchtpolitik zu erreichen.*
- *Die festgelegte Strategie bildet für Winterthur die Grundlage zur Koordination und Steuerung der Massnahmen und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel.*
- *Die Zusammenarbeit auf der operativen, fachlichen und individuumsbezogenen Ebene zwischen städtischen, kantonalen und privaten Organisationen und Anbietern ist koordiniert und bewährt sich im Alltag.*
- *Regelmässig erfolgt eine Daten gestützte Erfolgskontrolle. Adäquate Qualitätssicherungssysteme sind implementiert.*
- *Im Rahmen der Dezentralen Drogenhilfe haben Winterthur und die Gemeinden des Bezirks Winterthur den Finanzierungsmodus geklärt.*

## Lagebeurteilung und Ziele

### 16 Prävention

#### Definition

Suchtprävention hat zum Ziel, Probleme noch vor dem Auftreten erster Symptome zu verhindern (Primärprävention) und möglichst frühzeitig Probleme zu erkennen und Massnahmen zur Lösung einzuleiten (Sekundärprävention oder Früherkennung). Suchtprävention stärkt altersgerecht Ressourcen, die das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden von Gruppen und Individuen begünstigen. Suchtprävention hat eine wichtige Rolle beim Jugendschutz inne, indem sie einerseits mit den Erziehungsverantwortlichen Rahmenbedingungen entwickelt, innerhalb derer den jungen Menschen Orientierung und Halt vermittelt wird. Andererseits wird eine kritische Auseinandersetzung mit Konsumverhalten und Konsummustern ermöglicht.

#### Lagebeurteilung

Erfolgreiche präventive Massnahmen setzen möglichst frühzeitig ein. Die Suchtprävention in Stadt und Bezirk Winterthur konzentriert sich schwerpunktmässig auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. In der Stadt Winterthur engagieren sich neben der auf Suchtprävention spezialisierten regionalen Suchtpräventionsstelle auch die Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Vereine, Kirchen, usw. mit präventiven Aktivitäten. Im Bereich des Jugendschutzes sind die Suchtprävention sowie Justiz und Polizei involviert. Bei der Alkoholprävention für Kinder und Jugendliche wurden bereits erste Massnahmen ergriffen. Um eine nachhaltige Wirkung zu erreichen, müssen diese Massnahmen jedoch von einem grösseren Teil der Bevölkerung unterstützt werden. Suchtprävention hat weitere Schnittstellen zur Gesundheitsförderung und zur Säule Therapie.

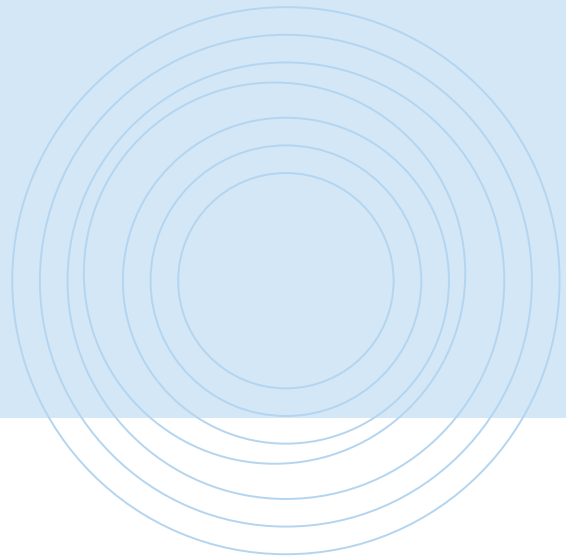


Handlungsbedarf besteht in Winterthur in Bezug auf die Abstimmung und Koordination der verschiedenen Präventionsstellen. Flexible und bedarfsorientierte Angebote müssen besser koordiniert und wo sinnvoll zusammengelegt werden.

Angebote zur Früherkennung und zur Frühintervention sind erst im Aufbau.

### Zielsetzungen

- *Die Mehrheit der Präventionsangebote haben als Zielgruppe das Alterssegment Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie deren Umfeld, insbesondere Erziehungsverantwortliche und Schulen.*
- *Bei der Bevölkerung wird das Verständnis für den Jugendschutz gefördert. Dabei wird die Alkoholprävention im Rahmen des Jugendschutzgesetzes weitergeführt und intensiviert.*
- *In Winterthur besteht eine breite und ausreichende Palette an flexiblen Präventionsangeboten. Dabei ist sichergestellt, dass neue Erkenntnisse in die Angebotsgestaltung einfließen.*
- *Die unterschiedlichen Präventionsangebote in Winterthur sind gut koordiniert und aufeinander abgestimmt. Schnittstellen zur Gesundheitsförderung sowie zur Säule Therapie sind geklärt.*
- *Die Stadt Winterthur verfügt über ein ausreichendes Angebot im Bereich der Früherkennung und Frühintervention.*



### 18 Therapie und Behandlung

#### Definition

Stationäre und ambulante Therapien und Behandlungen haben zum Ziel, Personen mit einem missbräuchlichen Konsum von legalen und illegalen psychoaktiven Substanzen zu unterstützen auf den Konsum zu verzichten, bei Abhängigen den Konsum zu reduzieren oder den risikoarmen Konsum zu fördern und Folgeschäden zu verhindern oder zu minimieren. Dabei soll die persönliche Entwicklung und die soziale Integration unterstützt, die körperliche und psychische Gesundheit gefördert und ein Ausstieg aus der Abhängigkeit möglich gemacht werden. Behandlungen und Therapien erfolgen nach wissenschaftlich anerkannten Methoden, sind wirtschaftlich und zweckmässig.

#### Lagebeurteilung

Die Säule Therapie und Behandlung zeichnet sich durch zwei grundsätzlich unterschiedlich organisierte Anbietergruppen aus. Einerseits gibt es private Anbieter, deren Leistungen über die Krankenkassen oder privat abgerechnet werden. Andererseits gibt es institutionelle Anbieter, welche zusätzlich städtische Beiträge oder Subventionen erhalten. Die Stadt Winterthur arbeitet in den von ihr geführten Therapieeinrichtungen eng mit dem Kanton Zürich zusammen, was sich bewährt hat. Aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen sind die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen privaten Anbietern und institutionellen Anbietern erschwert.

Das Angebot an Behandlungsmöglichkeiten ist in Winterthur vielfältig. Die Zukunft im Bereich der Therapie und Behandlung bringt neue Herausforderungen. Der Konsum von Heroin stagniert, der Kokain- und Mehrfachkonsum steigt. Eine grössere Zahl von Jugendlichen zeigen ein problematisches Konsumverhalten bezüglich Alkohol und Cannabis. Die Frühintervention wird hier wichtig. Der Konsum psychoaktiver Substanzen geht nicht selten

mit anderen psychischen Krankheiten und einer Vielzahl von sozialen Problemen einher. Eine Ausdifferenzierung des Angebots nach Zielgruppen und Substanzen sowie ein enges Zusammengehen von Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sind notwendig. Zusätzlich sollten Angehörige, insbesondere Kinder von Suchtkranken, vermehrt therapeutische Unterstützung erhalten.

### Zielsetzungen

- *Winterthur verfügt über ein bedarfsorientiertes und ausreichendes Behandlungsangebot für suchtgefährdete und abhängige Menschen. Die Behandlungen und Therapien orientieren sich an den Ressourcen und Defiziten des Individuums. Dabei wird ein Konsum unterstützt, der die Gesundheit nicht oder weniger schädigt. Zudem ist sichergestellt, dass neue Erkenntnisse bezüglich Suchtverhalten sowie Behandlungsstrategien und -formen in die Angebotsgestaltung einfließen.*
- *Winterthur achtet insbesondere auf das problematische Konsumverhalten junger Menschen. Auf sie zugeschnittene Behandlungs- und Therapieansätze (Frühintervention) sind vorhanden.*
- *Kinder von suchtkranken Eltern erhalten die für eine gesunde körperliche und psychische Entwicklung notwendige Unterstützung.*
- *Zwischen privaten, freiberuflichen und institutionellen Anbietern findet ein regelmässiger Austausch statt.*

### 20 Schadensminderung

#### Definition

Die Schadensminderung zielt darauf ab, das Risiko gesundheitlicher Schäden für Suchtmittel konsumierende Menschen zu minimieren. Die Massnahmen der Schadensminderung beinhalten die Gesundheitsförderung bei den Drogenkonsumierenden, die soziale Integration von Drogenabhängigen, deren psychosoziale und medizinische Betreuung sowie die Unterstützung von risikoarmen Konsumformen.

Schadensminderung bedeutet auch, dass die Gesellschaft möglichst wenig von den Folgen der Suchterkrankungen wie Beschaffungskriminalität, Prostitution oder einer intensiven Beanspruchung des öffentlichen Raums belastet wird. Die Schadensminderung erhöht die Lebensqualität der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raumes.

#### Lagebeurteilung

Winterthur verfügt über ein ausgebautes, gut funktionierendes Angebot im Bereich der Schadensminderung. Winterthur führt die Angebote oder subventioniert private Trägerschaften. Die abhängigen Menschen kennen und nutzen die Angebote. Dies bringt eine Entlastung des öffentlichen Raums. Der Aufenthalt substanzabhängiger Menschen im öffentlichen Raum ist auf wenige Orte beschränkt. Die Fachleute der Säule Schadensminderung und Repression arbeiten im öffentlichen Raum punktuell zusammen.

Im Bereich der Schadensminderung sind für die nähere Zukunft Veränderungen absehbar. Mehrfachkonsum verbunden mit psychischen Erkrankungen, Rückgang bei den neu Heroin Konsumierenden, die Zunahme des Konsums anderer Substanzen oder etwa der vermehrte Konsum bei Kindern und Jugendlichen stellen eine neue Herausforderung für die Gestaltung des bestehenden Angebots dar.

## 21 Zielsetzungen

- *Winterthur verfügt über Angebote, welche die gesundheitsschädigende Wirkung des Konsums legaler und illegaler Substanzen minimiert und den risikoarmen Konsum fördert.*
- *Die soziale Integration und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden so weit wie möglich erhalten. Flexibel anpassbare und ausreichende Angebote für Wohnen, Beschäftigung und Tagesstrukturen für Menschen mit einer Suchterkrankung werden betrieben oder unterstützt. Winterthur reagiert rasch auf neue Entwicklungen und Veränderungen des Bedarfs.*
- *Die schadensmindernden Massnahmen tragen zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum bei.*

### 22 Repression

#### Definition

Die Repression im Bereich der illegalen Substanzen bedeutet die strafrechtliche Verfolgung des illegalen Betäubungsmittelkonsums und -handels, der organisierten Kriminalität, des Menschenhandels und den damit verbundenen unrechtmässigen Finanztransaktionen. Im Bereich der legalen Substanzen setzt die Repression die bestehenden Gesetze im Zusammenhang mit Handel und Konsum durch. Ein besonderes Augenmerk erhält dabei der Jugendschutz. Die Fachleute der Säule Repression sorgen für Ruhe und Ordnung insbesondere im öffentlichen und halböffentlichen Raum. Die Stadtpolizei ist dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit verpflichtet.

#### Lagebeurteilung

Der Auftrag und damit die Ziele sind bei der Säule Repression mit der Gesetzgebung zum grössten Teil bereits definiert.

In Winterthur sind die Orte weitgehend bekannt, wo im öffentlichen Raum illegale Substanzen konsumiert werden. Mit ihrer konsequenten Präsenz gelingt es der Polizei weitgehend, die Situation unter Kontrolle zu halten und eine Eskalation hin zu einer offenen Drogenszene\* zu verhindern. Die verschiedenen Szenen haben sich heute vermischt, was die Kontrolle durch die Polizei erschwert. Deshalb beobachtet sie die Situation genau und greift wo nötig ein. Die Polizei wird bei ihrer Arbeit durch Fachleute der Säule Schadensminderung unterstützt.

In Winterthur werden der Besitz und der Konsum von Cannabis konsequent geahndet.

Einen hohen Stellenwert nimmt die Durchsetzung des Jugendschutzes ein, an dem neben der Wirtschafts-, Jugend- und Sicherheitspolizei auch die Jugendanwaltschaft beteiligt ist. Weiter besteht eine enge Zusammenarbeit mit Fachleuten der Säule Prävention.

## 23 Zielsetzungen

- *In Winterthur hat die Durchsetzung des Jugendschutzes erste Priorität. Die Bevölkerung ist für die Durchsetzung des Jugendschutzes sensibilisiert und unterstützt die entsprechenden Massnahmen.*
- *In Winterthur wird keine offene Drogenszene geduldet.*
- *Winterthur verfügt über ausreichende Angebote, um ihren repressiven Auftrag zu erfüllen.*

\*In Winterthur bezeichnet man als «offene Drogenszene» das Milieu, in dem sich drogenabhängige Personen an einem Ort permanent aufhalten und netzartig organisieren, um öffentlich gemeinsam illegale Drogen zu konsumieren oder damit zu handeln.

# Massnahmen

24

1. Die bewährte Zusammenarbeit zwischen Stadt, Gemeinden des Bezirks Winterthur und des Kantons im Rahmen des städtischen Drogenausschusses wird weitergeführt. Diesem Gremium kommt eine steuernde Funktion zu.
2. Winterthur überprüft ihre Strategie zur Suchtpolitik alle vier Jahre auf Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Ausrichtung und legt jeweils die Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre fest.
3. Für die Festlegung und Überprüfung der strategischen Vierjahresziele erhebt Winterthur das dafür notwendige Datenmaterial.
4. Winterthur schafft unter der Leitung des Departements Soziales ein Gefäss für den regelmässigen Austausch zwischen den Fachleuten aller vier Säulen. Zu diesem Austausch werden auch die Fachleute der Bezirksgemeinden einbezogen beziehungsweise eingeladen.
5. Individuumsbezogen wird ein Konzept zur koordinierten Fallführung erarbeitet (im Sinne eines Case Managements).
6. Um die Vernetzung zu gewährleisten, sind die Verantwortlichen in den massgebenden kantonalen und nationalen Gremien präsent.
7. Die in Winterthur ergriffenen Massnahmen werden regelmässig im Hinblick auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Trends evaluiert. Bei der Umsetzung der Massnahmen wird das Augenmerk auch auf geschlechter- und migrationsspezifische Aspekte gelegt.
8. Winterthur und die Gemeinden des Bezirks Winterthur vereinbaren im Rahmen der Dezentralen Drogenhilfe einen Finanzierungsmodus, der auf einem transparenten, modularen Finanzierungskonzept basiert. Dabei wird definiert, was individuumsbezogen, produktbezogen oder im Sinne einer Defizitgarantie finanziert wird.
9. Winterthur erarbeitet unter Einbezug aller wichtigen Akteurinnen und Akteure ein Konzept für einen wirksamen Jugendschutz. Dabei werden besonders die in der Praxis bewährten Massnahmen im Bereich Alkohol weitergeführt.



10. **Bei Projekten, Aktivitäten und Angeboten, welche im Rahmen der Suchtpolitik Winterthur durchgeführt werden, bilden Information und Kommunikation einen integralen Bestandteil. Für die Koordination der Information und Kommunikation werden übergeordnete Grundsätze erarbeitet.**
11. **Das Departement Soziales erhält den Auftrag, die unterschiedlichen Präventionsangebote zu koordinieren. Um den Zugang und die Informationen für die Betroffenen und Fachleute zu erleichtern, wird ein gemeinsames Internetportal eingerichtet.**
12. **Im Bereich der Frühintervention werden bestehende Angebote weitergeführt und so weiterentwickelt, dass eine frühzeitige Erfassung von problematischem Verhalten möglich wird.**
13. **Die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Departement Soziales und der Integrierten Psychiatrie Winterthur bei der Behandlung von suchtgefährdeten und abhängigen Menschen wird fortgeführt (Hauptabteilung Prävention und Suchthilfe).**
14. **Die von Winterthur geführten Einrichtungen zur Beratung, Behandlung und Therapie von Abhängigen werden weitergeführt (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme, Ikarus, Beratungsstelle für Drogenprobleme).**
15. **Die Angebote im Bereich Therapie sind so zu gestalten, dass sie sich flexibel dem Bedarf und Bedürfnissen anpassen lassen. Dabei werden Substanz und Zielgruppen spezifische Angebote aufgebaut beziehungsweise weiterentwickelt.**
16. **Massnahmen zur Unterstützung von Kindern suchtkranker Eltern werden weitergeführt und ausgebaut.**
17. **Das Departement Soziales schafft ein Gefäss für den Austausch von privaten, freiberuflichen und institutionellen Anbietern der Säule Therapie und Behandlung.**
18. **Das bestehende Angebot an Begleitetem Wohnen wird überprüft und an die veränderten Bedürfnisse und Verhältnisse angepasst.**







19. **Schadensmindernde Massnahmen, welche an anderen Orten Erfolge nachweisen konnten, werden geprüft und gegebenenfalls in das Angebot eingebaut.**
20. **Die Fachleute der Säule Schadensminderung und Repression arbeiten im öffentlichen Raum zusammen und ergänzen sich gegenseitig. Massnahmen zur Verhinderung einer offenen Drogenszene sprechen sie miteinander ab. In Ergänzung dazu prüfen die Verantwortlichen geeignete Standorte, wo sich Menschen mit Suchtproblemen treffen können und gleichzeitig die Beeinträchtigung der Umgebung möglichst gering gehalten werden kann.**
21. **Die Zusammenarbeit zwischen den Fachleuten der Prävention und der Wirtschaftspolizei wird weitergeführt.**
22. **Die Zusammenarbeit zwischen den Fachleuten der Repression und der Prävention wird im Bereich des Jugendschutzes verstärkt. Die Kapazität des Jugenddienstes der Stadtpolizei wird dem erhöhten Bedarf entsprechend ausgebaut.**

# Anhang

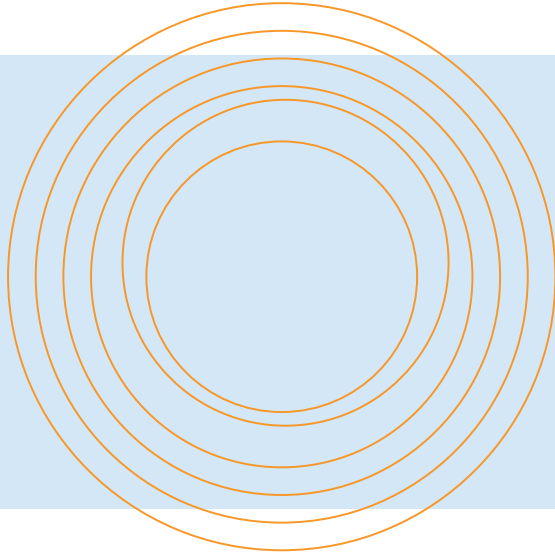
## 27 Angebote in der Stadt Winterthur 2006 gegliedert nach den vier Säulen der Schweizerischen Drogenpolitik

Prävention		Therapie	Schadensminderung	Repression
Suchtpräventionsstelle *	Jump / Jumpina	Beratungsstelle für Drogenprobleme	Drogenanlaufstelle *	Stadtpolizei
Stadtpolizei	Schulen	Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme *	Begleitetes Wohnen *	Kantonspolizei
Schulgesundheit	Schulsozialarbeit	Ikarus	Büro für Notwohnungen	Staatsanwaltschaft
Schulpsychologischer Dienst	Jugendsekretariat	Integrierte Psychiatrie Winterthur	Wohnheim der Heilsarmee	Jugendanwaltschaft
Sportamt	Aids-Infostelle	Beratungsstelle für Jugendliche	Taglohn Verein Läbesruum	
Vereine	Offene Jugendarbeit	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst	Centro Verein für mehr Lebensqualität	
		Freischaffende Ärzte, Psychiater und Psychologen		

	Städtische Institution		Private, gemeinnützige Organisation		Kantonale Institution
	Städtische Institution mit allgemeinem Präventionsauftrag		Kooperation Stadt und ipw		* Finanzielle Beteiligung der Bezirksgemeinden
	Private Institution mit städtischer Beteiligung				





## 29 Mitglieder der Steuer- und Projektgruppe

### **Steuergruppe**

Maja Ingold, Stadträtin Departement Soziales

Michael Künzle, Stadtrat Departement Sicherheit und Umwelt

Pearl Pedernana, Stadträtin Departement Schule und Sport

Brigitte Boller Schürch, Gemeindepräsidentin Bertschikon

Peter Roth, Verwaltungsdirektor Integrierte Psychiatrie Winterthur

Ernst Schedler, Leiter Soziale Dienste, Departement Soziales

### **Projektgruppe**

Toni Berthel, Co-Leiter Prävention und Suchthilfe, Departement Soziales, Co-Leiter Adoleszenz und Suchtbehandlung, Integrierte Psychiatrie Winterthur

Urs Borer, Fürsorge- und Vormundschaftsvorstand Gemeinde Wiesendangen

Christine Gäumann, Co-Leiterin Prävention und Suchthilfe, Departement Soziales, Co-Leiterin Adoleszenz und Suchtbehandlung, Integrierte Psychiatrie Winterthur

Jörg Ganster, Leiter Sicherheitspolizei, Departement Sicherheit und Umwelt

Antonia Meier, Schulpsychologin, Departement Schule und Sport

Alphons Schnyder, Externer Berater, Meta-Cultura Zürich

Daniela Tschudi, Projektleitung, Soziale Dienste, Departement Soziales



# Impressum und Adressen

30

Gestaltung: Atelier 22, Manuela Fischer, Winterthur

Druck: PrintWork AG, Winterthur, Auflage: 1000 Exemplare

Herausgeberin

Stadt Winterthur, Departement Soziales, Juni 2007

Bezugsadresse

Stadt Winterthur

Soziale Dienste

Lagerhausstrasse 6

8402 Winterthur

[www.soziales.winterthur.ch](http://www.soziales.winterthur.ch)



